



**TRANSPARENCY
INTERNATIONAL**
Deutschland e.V.

Die Koalition gegen Korruption.

Transparency International Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44
D – 10119 Berlin

Sylvia Schenk
Leiterin der Arbeitsgruppe Sport
Tel. (dienstl.): (49) (69) - 76 80 73 121
E-Mail: sschenk@transparency.de
Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Str. 44
10119 Berlin
Tel.: (49) (30) 54 98 98 0
Fax: (49) (30) 54 98 98 22
E-Mail: office@transparency.de
www.transparency.de

Berlin, den 11. August 2014

Stellungnahme zum „Olympic Agenda Joint Paper“ von DOSB sowie den NOKs von Österreich, Schweden und der Schweiz

Mit diesem Papier bestätigen die NOKs vom Grundansatz her die vielfache Kritik von Olympiagegnern an Intransparenz, Knebelverträgen und fehlendem Interessenausgleich zwischen Olympischer Bewegung und den beteiligten Städten im Bewerbungsprozess. Es liest sich teilweise so, als ob bisher sogar für die NOKs vieles intransparent bzw. unverständlich war und die Defizite im Verfahren einseitig zulasten der Städte gingen.

Diese Offenheit ist zu begrüßen, auch wenn dies nicht unbedingt neues Vertrauen schafft, sondern die Kritik eher noch bestärken könnte. Schließlich hatte der DOSB den Olympia-Gegnern entgegen gehalten, dass ihre Einschätzung unzutreffend sei. Im Übrigen ist das Papier mehr technisch gehalten, obwohl doch vielfach der Eindruck entstanden ist, dass es insbesondere an einer überzeugenden Philosophie für Olympische und Paralympische Spiele fehlt. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn eine gründliche Analyse, warum das IOC und die Olympische Bewegung so in die Defensive geraten sind, vorangestellt worden wäre.

Zu den Punkten im Einzelnen:

3.1

- Es überrascht, dass mehr Informationen vom IOC gefordert werden. Hatten die vier NOKs sich beworben, ohne selber zu verstehen, wie es im Detail funktioniert? Sonst hätten sie doch in der Lage sein müssen, die Informationen für die Städte im jeweiligen Land aufzubereiten.
- Das IOC kann allenfalls übergreifend bzw. pauschal die „benefits of bidding and hosting the Games“ darlegen, die konkrete Arbeit muss jeweils vor Ort geleistet werden. Denn wie eine Stadt/ein Land profitiert, hängt von der Ausgangssituation und dem jeweiligen Konzept ab.
- Wichtig erscheint es allerdings, dass auch das IOC sich direkt den Kritikern vor Ort stellt bzw. seine internationalen Stakeholder, die oft auch national tätig sind (z.B. internationale NGO), umfassend konsultiert.

- Durch das IOC finanzierte Informationskampagnen könnten kontraproduktiv sein, abgesehen davon, dass sie u.U. als Verzerrung des Wettbewerbs unter den Städten angesehen werden könnten. Zudem ist es ausgesprochen zweifelhaft, solche Kampagnen aus dem Olympic Solidarity Programme zu bezahlen, der doch der Förderung des Sports in schlechter gestellten Ländern dienen und nicht den reichen Nationen ihre Bewerbung absichern soll.
- Es bleibt unklar, was an der „bid terminology“ problematisch ist.

3.2

- Die Anforderung von weniger Informationen und Details in der ersten Bewerbungsphase seitens des IOC darf nicht zu Lasten der frühzeitigen, möglichst umfassenden Information der Bevölkerung gehen. Die geforderte Reduzierung der Detaillierung könnte sonst das Misstrauen eher verstärken.
- Hinsichtlich der Verschiebung von Garantien in die zweite Bewerbungsphase muss ebenfalls sicher gestellt sein, dass dies nicht zu Intransparenz gegenüber der Öffentlichkeit führt. Wenn die Garantien erst später abgegeben werden müssen, könnte auch die Öffentlichkeit erst später erfahren, was für bindende Zusagen notwendig sind.

3.3

- Es erscheint zweifelhaft, dass die kritisierte Missachtung der Technischen Evaluation bei früheren Vergabeentscheidungen auf das Verbot von Besuchen der IOC-Mitglieder in den Bewerberstädten zurückzuführen ist. Hier wäre es sinnvoll, über KO-Kriterien bzw. technische Mindeststandards nachzudenken.

4.1

- Die Forderungen lesen sich widersprüchlich: Einerseits wird mehr Transparenz beim Budget gefordert, andererseits sollen die „Games-independent measures“ herausgenommen werden. Das könnte künftigen Bewerbern den Vorwurf eintragen, die Gesamtkosten herunter (bzw. schön) zu rechnen. Hier wäre genau zu definieren, was gar nichts mit der Bewerbung zu tun hat (das gehört dann sowieso nicht hinein) und was anlässlich der Bewerbung zusätzlich oder aber früher als geplant an allgemeinen Infrastrukturmaßnahmen verwirklicht wird. Das muss aber klar benannt werden, denn auch eine vorgezogene Investition, z.B. in eine neue U-Bahn-Strecke, die sonst erst Jahrzehnte später (oder vielleicht doch gar nicht?) gebaut werden würde, belastet die Bevölkerung bzw. die Etats aktuell.

4.2

- Wichtig ist, dass Vergleichbarkeit zwischen den Budgets der Bewerberstädte und Organisationskomitees hergestellt wird. Hierzu könnte das IOC ein Raster erarbeiten.
- Für die Bewerbung ist die Offenlegung der Bewerbungskosten (auch früherer Bewerbungen) inklusive aller Ausgaben für Lobbying wichtig, z.B. über Regierungen (Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Subventionen u.ä.), staatliche Institutionen (z.B. GIZ), Wirtschaft u.a., damit die Öffentlichkeit einen Überblick hat.

- Dass es eine Versicherung für „shortfalls“ geben könnte, wird bezweifelt. Die Defizite müssen nach dem Verursacherprinzip verteilt werden, was nach hiesiger Kenntnis des Host-City-Vertrages normalerweise auch geschieht. Wenn die Ausrichterstadt schlecht plant bzw. unzureichend rechnet, ist das allein in ihrer Verantwortung. Dringend wäre es, die Planungen besser vorzubereiten und unabhängig zu evaluieren. Dafür könnte die IOC ein unabhängiges Verfahren vorsehen.

5.1

- Keine Anmerkungen

5.2

- Es ist unklar, ob die Forderung „Reduce the IOC accommodation requirements“ neben der Frage der Entfernung vom Austragungsort auch die Frage der Qualität der Unterkünfte beinhaltet.

5.3

- Die Forderung nach „sustainability in broadest sense“ wird durch den letzten Punkt, der wiederum von „sustainability and environment programme“ spricht, konterkariert.
- Es wird empfohlen, sich an den UN Global Compact Prinzipien, d.h. den geltenden internationalen Konventionen, auszurichten.
- Entscheidend ist neben dem Monitoringprozess die Entwicklung von Sanktionen, wenn ursprüngliche Zusagen nicht eingehalten werden.